

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897

9.10.1897 (No. 462)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 9. Oktober.

№ 462.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

1897.

Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsru. Ztg.“ — gestattet.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter'm 27. September d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem königlichen Generalleutnant Freiherrn von Bülow, Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Division, das Großkreuz Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen, und dem königlichen Obersten Freiherrn von Hoiningen genannt Huene, Kommandeur des 1. Großherzoglich Hessischen Infanterie- (Leibgarde-) Regiments Nr. 115, das Kommandeurkreuz 2. Klasse desselben Ordens zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerial-Entschliessung vom 5. Oktober 1897 gnädigt geruht, den Sekretär Wilhelm Stamer bei der Zollverwaltung unter Verleihung des Titels Finanzrath zum Kollegialmitglied dieser Behörde zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerial-Entschliessung, d. d. Schloß Mainau den 24. September 1897, gnädigt geruht, den Anstaltsarzt Dr. Nikolaus Landerer an der Heil- und Pflegeanstalt Illenau auf sein Ansuchen auf 30. November d. J. aus dem Großh. Staatsdienste zu entlassen.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 26. September d. J. wurde Betriebsassistent August Suhm in Gottenheim zum Stationsverwalter ernannt.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Englisches Liebeswerben.

Unter dem Titel „The French Army“ bespricht die neueste Nummer der „Army and Navy Gazette“ die Formirung der vierten Bataillone der französischen Regimenter an der Ostgrenze und kommt zu der Ueberzeugung, daß im Interesse der Wehrkraft Frankreichs dies besser an weniger exponirten Grenzen z. B. an der spanischen Grenze oder im Norden geschehen müsse. Neuformationen aus diesen vierten Bataillonen seien weniger werth als länger bestehende Regimenter und sollten deshalb nicht gegen den ersten Anprall des Feindes verwendet werden.

Gewiss warnt das genannte Blatt die französische Armee vor noch größerer Reduzirung der Dienstzeit in der Front aus ökonomischen Rücksichten zu Gunsten einer größeren Truppenzahl. Wenn man auch vielleicht in Deutschland mit zwei Jahren Dienstzeit auskommen könne, so sei der französische Volksscharakter doch ein anderer als der deutsche, und französische Lebhaftigkeit verlange mehr Zeit und andauernde Gewöhnung zur Sicherung einer festen Disziplin.

Das englische Fachblatt führt dann aus, daß England nicht ohne Mitgefühl für Frankreich sei und daß es durchaus nicht in Englands Interesse liege, eine weitere Verminderung der Kampffähigkeit Frankreichs anzusehen. England und Frankreich hätten keinen Grund, mit Eifersucht oder Furcht sich gegenseitig in der Entwicklung der Seemacht des anderen und der Landmacht des anderen Staates zu überwachern. Mit Bedauern sähe England, daß die abnehmende Bevölkerung von 40 Millionen in Frankreich anfängt, nicht mehr fähig zu sein, es mit den zunehmenden 50 Millionen Deutschlands aufnehmen zu können.

Schließlich wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die zur Volksabnahme in Frankreich treibenden Ideen durch verständigere ersetzt würden und daß die Statistik kommender Jahre beweisen werde, daß Frankreich an Zahl der Einwohner, an Disziplin und im allgemeinen Fortschritt der Civilisation wieder wie früher den Beinamen der „Grande nation“ verdiene.

Man kann diesen Auslassungen nicht abstreiten, daß sie englisch-praktische Auffassung in sehr offener Weise wiedergeben. Seit den Zeiten der jungfräulichen Königin hat es für England kein besseres Ziel und keinen größeren Erfolg der Staatsklugheit gegeben, als wenn die Völker des Continents sich in den Haaren lagen, sich gegenseitig schwächen und keine Zeit und Freiheit hatten, englisches Thun und Treiben in der Welt zu beobachten. Dann ging ihre Produktionsfähigkeit und ihr Handel herunter, England wurde oft Lieferant für Freund und Feind, sein Handel wuchs und beim Friedensschluß der erschöpften

Gegner war England meist der Hauptgewinner an Geld und Gut und oft sogar an Land.

Ein zu Lande schwächer werdendes Frankreich, d. h. ein solches, das nicht mehr die eigenen und dadurch auch die deutschen nationalen Kräfte nur für den nachbarlichen Kampf bereit erhält und dadurch beide bindet, kann England nichts nützen. Englands Bedauern ist deshalb ein aufrichtiges. Nach dem Aufhören des englischen Besitzes von Nordfrankreich und der englischen Invasionen hat Frankreich unbeabsichtigt, nicht zum eigenen Nutzen, stets Englands Interessen gefördert, indem es zu Gunsten von dessen Seeherrschaft das seemächtige Holland zu Lande arg bedrängte und durch Schaffung fortwährender Kriegerunruhen keinem Kulturvolk Europas Zeit ließ zur Kolonisation und Beachtung des fortschreitenden Ländererwerbs Englands. In der Neuzeit gaben die einseitig gegen Deutschland gerichteten Rüstungen Frankreichs England genügend Muße, sich in Egypten festzusetzen, seinen Besitz in Südasien und Südafrika weit auszudehnen, Cypren zu erwerben und fast an allen Stellen der Erde mit Ausnahme Amerikas Landwerbungen vorzunehmen. Will Frankreich wirklich einmal etwas nachlassen in seinem starren Blick auf die Vögel und sich mehr der Kolonisation widmen, so erscheinen alsbald, wie jetzt, englische Mahnungen. Zum Beispiel, als Frankreich 1894 seine Herrschaft auf Madagascar befestigte, äußerte der „Standard“ alsbald, daß England den Wunsch Frankreichs, seine Flagge auch in jenen Weltgegenden zu entfallen, als natürlich und legitim ansehen müsse, fügte aber hinzu: „Ob diese Erwerbungen auch für Frankreich nützlich sind, ob sie Frankreich gegen seine wirklichen Feinde stärker machen, ist Frankreichs Sache zu beurtheilen.“ — Es genügt, die englischen Prehabürungen für sich sprechen zu lassen; eines Kommentars bedürfen sie nicht.

Preßtreibereien.

△ Berlin, 7. Oktober.

Nachdem der gegen die Flottenvermehrung arbeitenden oppositionellen Presse der Versuch, mit der durch nichts begründeten Meldung von einer angeblich bevorstehenden Verdreifachung der Brausteuerverwirrung und Erregung zu erzeugen, infolge des bald darauf ergangenen Dementis mißlungen war, mußte irgend ein neuer Schlag nach derselben Richtung geführt werden, schon weil sich nichts so gut gegen geplante Maßnahmen der Regierung verwenden läßt, als die Inanspruchnahme neuer Steuern. Es hätte im Interesse der oppositionellen Presse gelegen, wenn sich die Regierung seit der durch den Reichstag im Jahre 1892 erfolgten Ablehnung der Brausteuervorlage mit Plänen wegen Erhöhung dieser Steuern besaßt hätte, und so fand sich denn auch bald in der „Köln. Volkszeitung“ der Freund eines Brauereidirektors ein, der aus dem Munde des letzteren gehört haben wollte, es sei im Sommer 1895 im preussischen Finanzministerium eine stoffförmige Brausteuerausarbeitung worden. Der Brauereidirektor selbst hatte erzählt, daß er im Finanzministerium als „Sachverständiger“ gehört worden sei. Um die ganze Erzählung noch glaubwürdiger zu machen, wurde der Brauereidirektor als „National-liberaler“ charakterisirt und hinzugefügt, daß der Gewährungsman der „Köln. Volkszeitg.“ selbst Informationen erhalten hätte, wonach im Sommer 1897 die Brausteuernodmals ausgearbeitet sei, um einen Gesamtmehrertrag von 55 Millionen Mark herbeizuführen. Wer darnach noch daran zweifeln konnte, daß die Regierung nach den Neuwahlen mit einer neuen Brausteuervorlage hervortreten würde, der mußte wohl ein politisches Kind sein. Und doch wäre dieses Kind besser berathen gewesen, als die oppositionelle Presse. An den ganzen Erzählungen der „Köln. Volkszeitg.“ ist nämlich kein wahres Wort. Es ist einfach erfunden, daß im preussischen Finanzministerium im Jahre 1895 ein Geheftentwurf über die Einführung einer stoffförmigen Brausteuerausarbeitung und daß dieser Entwurf noch einmal im Sommer 1897 ungearbeitet worden ist. Nun würde aber die oppositionelle Presse sofort sagen, daß es dann in einem anderen Jahre der Fall gewesen oder daß eine andere Besteuerungsart ins Auge gefaßt worden sei. Deshalb betonen wir auf Grund von authentischen Informationen, daß überhaupt seit dem Jahre 1892 keinerlei Vorbereitungen für eine Reform oder Erhöhung der Brausteuern im preussischen Finanzministerium stattgefunden haben, daß auch keinerlei Erörterungen über eine etwaige Wiederholung des früheren Geheftentwurfs gepflogen worden sind. Ebensovienig sind natürlich Sachverständige über eine stoffförmige Erhöhung der Brausteuern vernommen worden. Daß die oppositionelle Presse nunmehr von

(Mit einer Beilage.)

ihrer auf Verwirrung und Erregung abzielenden Thätigkeit ablassen wird, glauben wir nicht. Uebermorgen erscheint vielleicht in der „Köln. Volksztg.“ ein „konservativer“ Mälzereidirektor, der als „Sachverständiger“ von irgend einer anderen behördlichen Stelle über eine neue Steuererhöhung vernommen ist. Aus dem vorangeführten Beispiele aber geht hervor, was von solchen Mittheilungen der oppositionellen Presse zu halten ist.

Politische Uebersicht.

* Es war voraussehen, daß die englische liberale Presse der Forderung des Oberbefehlshabers Lord Wolseley, die Armee zu vermehren, seinen Beifall zollen werde. »Mit der Armee,« sagt der »Speaker«, »ist es etwas anderes als mit der Marine. Mag Lord Wolseley die Soldaten finden, wenn der Schatzkanzler das Geld gefunden hat.« Das Ausland hat an diesen Auseinandersetzungen kein besonderes Interesse. Lord Wolseley sollte vor allem seinen Einfluß geltend machen, um die entsetzlichen Grausamkeiten zu verhindern, die noch immer von englischen Truppen gegen Eingeborene, sei es in Indien oder Südafrika, verübt werden. Die Schandthat des Hauptmanns Searle im Hochländerregiment, der einem Betschuanen-Hauptling den Kopf abschneiden ließ, nur um ihn an ein Museum zu verschenken, hat sich bestätigt. Bestraft ist der Unmensch aber nicht, nur seine Entlassung hat er nehmen müssen. Man erzählt ferner von Kugeln, die besonders für die Afrikaner und Mohmands zubereitet sind. Dum-Dum nennt der indische Soldat das neue Geschos für die Lee-Netford-Büchse, das besonders für indisches Menschenfleisch präparirt ist. Das veränderte Lee-Netford-Geschos machte, wie die Erfahrung in Tschirral gelehrt hat, ursprünglich ein glattes Loch durch die menschliche Scheibe, der getroffene Feind merkte momentan, wenn die Knochen nicht gerade getroffen wurden, die Verwundung nicht und konnte noch einige Zeit weiter kämpfen. Einige Offiziere der Dum-Dum-Fabrik wurden daher beauftragt, auf Remedur zu sinnen. Sie haben ein teuflisches Werk zuwege gebracht. Der Nidelmantel der Lee-Netford-Patrone wird auf ihren Rath der Länge nach aufgesperrt, wobei die Spitze ganz bleibt. Wenn nun das Geschos aufschlägt, so gehen die Nidelfstreifen wie das Blei gleich einem runden Fächer auseinander und rufen natürlich eine furchtbare Verwundung hervor. Der Betroffene wird sofort zu Boden gestreckt. Die Einführung der Dum-Dum-Bullets muß ein so barbarischer Akt sein, daß England bisher nicht gewagt hat, dieselbe Maßregel für die heimischen Truppe zu treffen.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 7. Okt. Der Bundesrath hat heute seine Sitzungen wieder aufgenommen und einem Ausschusstrage, betr. Ausnahmen vom Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe die Zustimmung erteilt. Den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden ein Antrag Badens, betr. Abänderung der Bestimmungen über die Sammlung von Saatensands- und vorläufigen Erntennachrichten, ein Nachtragsantrag Preußens, betr. die Ausführung des Wörstengesetzes vom 22. Juli 1896, das Abkommen zur Regelung einiger Fragen des internationalen Privatrechts vom 14. November 1896, der Entwurf einer Verordnung über die Ausführung der am 9. September 1886 zu Bern abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen wegen Abänderung des Spartaßengesetzes vom 14. Juli 1895 und die allgemeine Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1893/94. Die Reichstagsbeschlüsse zu Petitionen, betr. Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter und zu einer Petition wegen Bekämpfung des Mädchenhandels wurden dem Reichskanzler überwiesen. Von der Uebersicht der Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts für das Jahr 1896 und der Vorlage betr. die Thronfolge im Fürstenthum Lippe wurde Kenntniß genommen. Endlich wurde die Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Wörstenausschusse angenommen und über mehrere Eingaben Beschluß gefaßt.

* Berlin, 7. Okt. Der Achnthradenschluß für weibliche Angestellte hat hier in letzter Zeit vielfach die öffentliche Meinung beschäftigt. Nunmehr ist die Angelegenheit in Fluß gerathen, und zwar durch ein in Verbindung mit 58 Berliner Firmen vom Kaufmännischen und Gewerblichen Hilfsverein für weibliche Angestellte an 1650 Ladeninhaber verändertes Rundschreiben mit der Anfrage 1. ob sie sich für den einseitigen Achnthradenschluß oder 2. dagegen und 3. aus welchen Gründen erklären. Bis zum 20. September waren im ganzen 1845 brauchbare Antworten eingegangen, wovon sich 1285 für, 560 gegen den Achnthradenschluß erklärten. Der Verein nimmt an, daß ein gleiches Verhältnis auch für die übrigen Ladeninhaber vorausgesetzt werden könne, d. h. daß in Berlin eine überwältigende Mehrheit für den Achnthradenschluß zu haben sei.

* Leipzig, 7. Okt. In der Leipziger Genossenschaftsbäckerei, einem rein sozialdemokratischen Unternehmen, ist ein Ausstand der Bäcker ausgebrochen. Anlaß dazu bot die Entlassung eines Gehilfen, der nach Angabe der Streikenden deshalb gemahregelt worden war, weil er sich an der gemerkchaftlichen, auf bessere Lohnbedingungen abzielenden Agitation betheiligte hat. Mit welcher Rücksichtslosigkeit die Maßregelung erfolgt ist, geht daraus hervor, daß die Verwaltung sich nach Verhandlungen mit dem Gewerkschaftstarell nachträglich hat entschließen müssen, sämtliche Ausstän-

